

## Gute Vorschläge

**Korruption im Gesundheitswesen soll bald unter Strafe gestellt werden. Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung, der Anfang 2016 vom Parlament beschlossen werden soll, müsse nachgebessert werden, fordert die Opposition.**

### »Keine Honorare mehr«

Der Pharmakonzern Glaxo-SmithKline (GSK) hat am 20. Oktober per Pressemitteilung erklärt, seine Zusammenarbeit mit ÄrztInnen weiter zu entwickeln. Die geplante Richtung dürfte in der Medizinbranche für Aufsehen gesorgt haben: »Ab Januar 2016«, so die GSK-Ankündigung in eigener Sache, »zahlt das britische Gesundheitsunternehmen keine Honorare mehr für Vorträge über GSK-Indikationen oder -Produkte an Referenten, die Verschreibungen von GSK-Produkten vornehmen oder Einfluss auf solche Verschreibungen nehmen können.« GSK reagiere damit auf öffentliche Kritik, die dem Unternehmen unterstelle, mit solchen Geschäftsbeziehungen »unlauteren Einfluss auf die Ärzteschaft zu nehmen«. Gleichzeitig stellt Professor Torsten Strohmeier, Leiter Forschung & Medizin bei GSK, aber klar, dass der Konzern auch künftig Kontakte pflegen werde: »Die Zusammenarbeit mit Ärzten ist für uns natürlich essentiell und für unsere Produktentwicklung und den Patientenzugang zu modernen Therapien immens wichtig. Daran darf es keinen Zweifel geben.« GSK wolle künftig verstärkt selbst Veranstaltungen anbieten, »in denen eigene Mitarbeiter als Referenten über die GSK-Indikationen und Produkte sprechen«. Der Honorar-Stopp bedeutet allerdings nicht, dass GSK grundsätzlich kein Geld mehr an kooperationswillige ÄrztInnen ausgibt: Für Beratungstätigkeiten, klinische Studien und Marktforschung wird GSK weiter bezahlen.

Der Gesetzentwurf von Justizminister Heiko Maas (Siehe BIOSKOP Nr. 69 + 71) stellt Bestechung und Bestechlichkeit unter Strafe – »während die ebenfalls korrumpierend wirkende Vorteilsnahme und Vorteilsgewährung außen vor bleibt«, wie Christiane Fischer, Geschäftsführerin der Ärzteinitiative MEZIS, im September in einem Artikel für BIOSKOP kritisierte.

Solche Bedenken gibt es auch im Bundestag, jedenfalls bei der Opposition. Die Linken fordern in einem eigenen Antrag, auch Vorteilsgewährung und Vorteilsannahme als Straftat zu werten, um – so Gesundheitspolitikerin Kathrin Vogler – »das Phänomen der so genannten Landschaftspflege in den Griff zu bekommen«. Branchenüblich und zu unterbinden seien zum Beispiel überhöhte Honorare für Vorträge, Beratung und Gutachten, die Pharmafirmen gern an willige MedizinerInnen zahlten, bedenklich auch das Sponsoring ärztlicher Fortbildungen. Vogler fordert außerdem, so genannte Anwendungsbeobachtungen gesetzlich zu verbieten. Im Rahmen solcher »Studien« stellen ÄrztInnen PatientInnen auf ein neues Medikament um – als Gegenleistung zahlt der Arzneihersteller ihnen eine recht üppige Vergütung. Dies sei keine seriöse Forschung, sondern »legalisierte Korruption«, kritisiert Transparency International seit Jahren (BIOSKOP Nr. 69).

Wie Vogler fordert auch die grüne Abgeordnete Maria Klein-Schmeink einen gesetzlichen Schutz für »Whistleblower« (Hinweisgeber). Ziel müsse es sein, Beschäftigte, die Unrecht anzeigen, vor Regressforderungen und Jobverlust zu schützen. Klein-Schmeink betont außerdem, ihr gehe es nicht nur um strafrechtliche Regelungen, sondern auch um mehr Transparenz bei finanziellen Zuwendungen, die Hersteller von Arzneien und Medizinprodukten an Heilberufliche wie Ärzte und Apotheker zahlen: »Wir möchten uns gerne der Gesetzgebung in den USA anschließen«, so Klein-Schmeink, dies bedeute konkret: »Jede Zuwendung über 100 Euro muss gemeldet werden und ist damit nachvollziehbar und einsehbar.« (Siehe BIOSKOP Nr. 59)

Voraussichtlich im Januar wird im Parlament abgestimmt, zuvor wird noch intern in Fachausschüssen über das geplante Gesetz beraten. Dass die Vorschläge der Opposition übernommen werden, ist leider unwahrscheinlich.

Klaus-Peter Görlitzer

## Selbsthilfe: Transparenz noch mal verschoben

Eigentlich sollte es längst so weit sein: Der Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe (BAG), ein Zusammenschluss von über 100 Patientenorganisationen, hatte für die Mitgliederversammlung im April 2015 ein Papier vorbereitet, das verbindliche Transparenz beim Sponsoring einforderte (Siehe BIOSKOP Nr. 70). Im Kern geht es darum, dass Selbsthilfeverbände künftig auf ihren Internetseiten veröffentlichen, mit welchen Firmen – vor allem aus der Gesundheitsindustrie – sie im Vorjahr kooperiert und welche Sponsorengelder sie von wem eingenommen haben.

Doch daraus ist bisher nichts geworden: Der Antrag wurde auf die Mitgliederversammlung im Oktober vertagt – und diese hat die Beschlussfassung erneut verschoben, und zwar auf das nächste BAG-Treffen im April 2016.

BAG-Geschäftsführer Martin Danner erklärte auf Nachfrage, bisher sei nichts entschieden worden, »weil die Transparenz künftig noch erheblich gestärkt werden soll«. Das klingt, als sei im kommenden Jahr noch Einiges zu erwarten – die Bemühungen der BAG um mehr Durchblick wird BIOSKOP weiter beobachten.

## Mehr Geld von den Krankenkassen

Sicher ist, dass sich die finanziellen Rahmenbedingungen für die gesundheitliche Selbsthilfe insgesamt verbessern werden. Denn der Gesetzgeber hat die Krankenkassen verpflichtet, die Fördermittel ab 2016 kräftig zu steigern. Diese Tatsache hat auch die Nationale Kontaktstelle und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) schnell kommuniziert und auch erläutert: »Das vom Bundestag am 18. Juni 2015 beschlossene Präventionsgesetz sieht vor, dass die Krankenkassen für Selbsthilfegruppen, -organisationen und -kontaktstellen im kommenden Jahr je Versicherten 1,05 Euro zur Verfügung stellen. Derzeit liegt der Betrag bei 0,64 Euro je Versicherten. Die Mittel für die Selbsthilfe werden damit von rund 45 Millionen auf künftig gut 73 Millionen Euro angehoben.«

Angesichts zusätzlicher Kassengelder darf man noch gespannter sein, wie sich das Sponsoring der Arzneihersteller entwickeln wird, ob sie in Zukunft womöglich gar weniger für die Selbsthilfe ausgeben. Auch um dies feststellen zu können, ist Transparenz unbedingt erforderlich.

Klaus-Peter Görlitzer